

35**82**

Union in Deutschland

Bonn, den 11. November 1982

Koalition der Mitte gestärkt

„Die schweren Aufgaben, die die Koalition der Mitte aus CDU, CSU und FDP zu bewältigen hat, erfordern geschlossenes Handeln“, erklärte der Bundeskanzler am Montag (8. November 1982) vor dem Bundesvorstand in Bonn. Die Entscheidungen des Berliner FDP-Parteitagess zeigten die Entschlossenheit der Freien Demokraten, ihren Beitrag zur Sicherung der Staatsfinanzen und für einen neuen Wirtschaftsaufschwung zu leisten.

Zugleich machten die Personalentscheidungen des Parteitagess deutlich, sagte Helmut Kohl, daß die FDP-Politiker, die für einen Wechsel in der deutschen Politik eingetreten seien, das Vertrauen der Mehrheit ihrer Partei hätten. „Ich werte die Ergebnisse des Berliner FDP-Parteitagess als eine Bekräftigung unseres Regierungsbündnisses und bin sicher, daß der Wähler am 6. März 1983 der Regierung der Mitte das Vertrauen aussprechen wird.“

Nach den Worten des Bundeskanzlers gewinnen in der SPD diejenigen Kräfte an Boden, die für eine Zusammenarbeit mit Grünen und Alternativen eintreten. Die Resignation Helmut Schmidts und die Nominierung Hans-Jochen Vogels bedeuten eine Richtungsentscheidung der SPD für einen rot-grünen Pakt. Eine SPD, die mit den Rot-Grünen gemeinsame Sache macht, lasse die Arbeitnehmer und die Arbeitslosen im Stich.

(Fortsetzung auf Seite 2)

WAHLKAMPF '83

„Kleiner Parteitag“ am 6. 12. in Bonn

Ein politisches Grundsatzreferat des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl und ein Bericht des Generalsekretärs Heiner Geißler über die politische und organisatorische Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes stehen im Mittelpunkt der Sitzung des Bundesausschusses am 6. 12. 1982 in Bonn. Rund 1000 Teilnehmer sind zu diesem „Kleinen Parteitag“ ins Konrad-Adenauer-Haus eingeladen worden. ARD und ZDF werden noch am gleichen Abend 15minütige Berichte senden.

Einzelheiten Seite 2

■ SPD

Klassenkampf mit Primitivparolen
— die tatsächlichen Belastungen der Bürger

Seite 3

■ DEMOSKOPIE

Es geht weiter aufwärts mit der Union

Seite 7

■ DOKUMENTATION

Die Regierung Kohl handelt: Das Sofortprogramm zur Ankurbelung des Wohnungsbaus
Neuregelung der Ausbildungsförderung

grüner Teil

„Kleiner Parteitag“ am 6. Dezember 1982 in Bonn

Rund tausend Teilnehmer werden zur Sitzung des Bundesausschusses am 6. Dezember in Bonn erwartet. Außer den 116 Bundesausschußdelegierten und dem erweiterten Bundesvorstand sind folgende Mandats- und Funktionsträger der Partei zu diesem „Kleinen Parteitag“ ins Bonner Konrad-Adenauer-Haus eingeladen worden:

Bundestagsabgeordnete · Europaabgeordnete · Landtagspräsidenten
Vorsitzende der Landtagsfraktionen
Geschäftsführende Vorstände der Landesverbände
Bundesvorsitzende der Vereinigungen
Bundesgeschäftsführer der Vereinigungen
Landesvorsitzende der Vereinigungen
Landesgeschäftsführer und Generalsekretäre der Landesverbände
Kreisvorsitzende · Kreisgeschäftsführer

Tagesordnung:

1. Politisches Grundsatzreferat des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl
2. Politische und organisatorische Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes, Generalsekretär Bundesminister Heiner Geißler
3. Aussprache zu TOP 1. und TOP 2.
4. Verschiedenes

Der Bundesausschuß tagt öffentlich. Die Mitglieder der Bundespressekonferenz haben Einladungen erhalten.

Die Partei nimmt für diesen „Kleinen Parteitag“ die ihr zustehende Berichterstattung von je 15 Minuten in beiden Fernsehanstalten in Anspruch.

Sendezeit: ARD, 6. Dezember 1982, 21.45 bis 22.00 Uhr — ZDF, 6. Dezember 1982, 21.20 bis 21.35 Uhr

(Fortsetzung von Seite 1)

Helmut Kohl äußerte seine Sorge darüber, wie manche Gewerkschaftsführer die Augen vor der bedrückenden wirtschaftlichen Situation und der großen Aufgabe der Überwindung der Arbeitslosigkeit verschlossen und versuchten, durch ungezügelte Angriffe auf die Bundesregierung und die Koalition vom Versagen der SPD abzulenken. CDU, CSU und FDP könnten nicht in wenigen Wochen den Schaden reparieren, den die SPD-geführten Bundesregierungen in 13 Jahren unserem Land zugefügt hätten.

Der Bundeskanzler rief alle, die Verantwortung tragen, auf, in ihrem Bereich alles zu tun, um die Krise der deutschen Volkswirtschaft zu überwinden und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Er erneuerte seinen Appell zur Solidarität aller gesellschaftlichen Gruppen. Die von der Deutschen Bundesbank verfügte Zinssenkung wertete Helmut Kohl als einen ersten Erfolg der soliden Haushaltspolitik der neuen Bundesregierung und als ein Signal, jetzt Investitionen vorzunehmen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

■ SPD

Klassenkampf mit Primitivparolen – die tatsächlichen Belastungen der Bürger

Die SPD, die Hauptverantwortliche für die Suppe, welche die neue Bundesregierung auszulöffeln hat, zeigt keinerlei Reue, sucht vielmehr unverfroren ihre Rettung im Klassenkampf. Sie behauptet, die Politik der Bundesregierung mache Arme ärmer und Reiche reicher, „Umverteilung von unten nach oben“ sei das Ziel der Regierung. Mit genau denselben Primitivparolen hat die SPD anfangs der 50er Jahre die Wiederaufbaupolitik von Adenauer und Erhard bekämpft und ist damit gescheitert, stellt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Hansjörg Häfele, fest.

Die SPD wird auch mit ihrer neuen klassenkämpferischen Hetze Schiffbruch erleiden. Unsere Bürger, vor allem die arbeitenden, wissen, daß nur eine gemeinschaftliche Anstrengung unseres ganzen Volkes aus der Sackgasse führen kann, in welche uns die Bundesregierung der letzten 13 Jahre gebracht hat. Unsere Arbeit-

nehmer wissen, daß die soziale Aufgabe Nr. 1, Schaffung von möglichst vielen Arbeitsplätzen, nicht mit Verleitungsparolen der Ideologie des Neides zu meistern ist, sondern damit, daß unsere Leistungs- und Investitionskräfte wieder gestärkt werden.

Erst wenn der Kuchen wieder größer geworden ist, können wir uns der Frage zuwenden, wie die einzelnen Stücke zu verteilen sind. Nunmehr hat Vorrang, das Schrumpfen des Kuchens zu stoppen und ihn allmählich wieder größer werden zu lassen. Sonst ist das Schlimmste an Unsozialem nicht mehr aufzuhalten: Massenarbeitslosigkeit und Zusammenbruch unseres sozialen Sicherheitssystems.

Bei all dem muß noch berücksichtigt werden, daß die Bundesregierung infolge Zahlungsunfähigkeit der Staatskasse die heimlichen Steuererhöhungen vorerst den Bürgern nicht zurückgeben kann, obwohl dies nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit wäre, sondern zur erforderlichen Steigerung des Leistungswillens geboten wäre. Die Nichtrückgabe der Steuererhöhungen

Warnke will verstärkt Privatinitiative fördern

Für die neue Bundesregierung ist nach den Worten des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, die bessere Verwirklichung der Menschenrechte in der Dritten Welt ein wichtiges Ziel ihrer Entwicklungspolitik. Länder, die sich um Reformen und den

Aufbau pluralistischer Strukturen bemühen, sollten deshalb bevorzugt unterstützt werden, kündigte Warnke bei der 375-Jahr-Feier der Universität Gießen an.

Auch werde die Bundesregierung darauf hinweisen, daß durch eine marktwirtschaftlich ausgerichtete Wirtschaftspolitik für die Menschen die Chance der Selbstbehauptung und Selbstverwirklichung am besten gewahrt werden könne.

trifft die arbeitenden Bürger um so mehr, je höher sie sich in der Steuerprogression befinden — eine zusätzliche Belastung für die Höherverdienenden neben den verschiedenen Einkommensgrenzen, welche sie von bestimmten Leistungen des Staates ausschließen und neben der ständigen Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen für die Sozialversicherungsabgaben.

Die Beschimpfungen der SPD halten zudem einer fachlichen Überprüfung nicht stand. Tatsache ist, infolge der Maßnahmen der Bundesregierung haben höherverdienende und leistungsfähigere Bürger merkliche Mehrbelastungen. So machen die monatlichen Mehrbelastungen aus der Mehrwertsteuererhöhung 6 Mark für Rentnerhaushalt, 15 Mark für Vierpersonarbeitsnehmerhaushalte mit durchschnittli-

chem Einkommen und 23 Mark für Vierpersonarbeitsnehmerhaushalte mit höherem Einkommen aus.

Die übrigen Maßnahmen — einkommensabhängige Kürzung des Kindergeldes, Begrenzung der Vorsorgepauschale für Beamte, Ersatz des Abzugs von Kinderbetreuungskosten durch einen allgemeinen Kinderfreibetrag, Halbierung des Ausbildungsfreibetrages — führen im Einzelfall zu folgenden Mehrbelastungen. (Diesen Berechnungen liegt als Annahme zugrunde: Alleinverdiener, drei Kinder; das älteste Kind ist über 18 Jahre und studiert auswärts, das zweite Kind ist unter 18 Jahre und auswärts als Schüler untergebracht, für das dritte Kind werden Kinderbetreuungskosten in Höhe von 600 Mark in Anspruch genommen):

a) Sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer

Einkommen		Schlechterstellung insgesamt		
jährlich	monatlich	jährlich	monatlich	in Prozent
65 800	5 480	- 722	- 60	-1,4
76 000	6 330	-2 126	-177	-3,6
93 000	7 750	-2 322	-194	-3,4

b) Beamter

65 800	5 480	-2 656	-220	-4,7
76 000	6 330	-2 836	-236	-4,4
93 000	7 750	-3 154	-263	-4,2

Die Investitionsanleihe führt darüber hinaus zu folgenden Belastungen:

a) Lediger, Steuerklasse I

Jahreslohn	Monatslohn	Lohnsteuer		Investitionshilfleanleihe	
		jährlich	monatlich	jährlich	monatlich
55 200	4 600	15 240	1 270	- 84	- 7
60 000	5 000	17 592	1 466	- 876	- 73
84 000	7 000	29 928	2 494	-1 488	-124
120 000	10 000	49 644	4 137	-2 472	-206

b) Verheirateter, Steuerklasse III/0

109 200	9 100	30 444	2 537	- 144	- 12
120 000	10 000	35 712	2 976	-1 776	-148
180 000	15 000	67 212	5 601	-3 360	-280

■ ARBEITSLOSIGKEIT

Schlechte Arbeitsmarktlage zeigt die Versäumnisse der Regierung Schmidt

Zu den jüngsten Arbeitsmarktdaten gibt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Haimo George, folgende Stellungnahme ab:

1. Besorgniserregende Zunahme der Arbeitslosigkeit

Die Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen im Oktober 1982 gegenüber dem Vormonat ist zwar mit etwa 100 000 etwas niedriger ausgefallen als im Vorjahr mit etwa 110 000, für eine Bewertung ist jedoch von Bedeutung, daß die Zahl der Arbeitslosen um über 40 Prozent höher liegt als im Vorjahr und daß gegenüber Oktober 1980 eine Steigerung um 116 Prozent zu verzeichnen ist. In den nächsten Monaten ist noch mit einer weiteren erheblichen Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen zu rechnen. Die ungünstigen arbeitsmarktpolitischen Perspektiven sind die Folge einer 13 Jahre lang verfehlten Wirtschafts-, Finanz-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik der abgelösten SPD/FDP-Koalition, daran gibt es nichts zu drehen und zu deuten.

2. Extremer Tiefstand der offenen Stellen

Sehr unbefriedigend ist der extrem niedrige Stand der gemeldeten offenen Stellen — sowohl hinsichtlich des Bestandes als auch der Zugänge. Auch die stark rückläufige Zahl der Arbeitsvermittlungen ist ein Indiz dafür, daß die Chancen Arbeitsloser für einen neuen Arbeitsplatz schlechter sind als seit vielen Jahren.

3. Realistische Einschätzung der Arbeitsmarktsituation

Die Bundesregierung hat in Übereinstimmung mit Sachverständigenrat und Wirtschaftsforschungsinstituten in ihren Eckdaten für den Bundeshaushalt 1983 eine jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl von 2,35 Millionen zugrundegelegt. Sie folgt damit nicht dem „Hans-guck-in-die-Luft-Weg“ der abgelösten Regierung Schmidt, bei Haushaltsentscheidungen von zu günstigen Erwartungen auszugehen. Dies hatte in den letzten Jahren immer wieder zur Folge, durch Nachtragshaushalte neue Bundesmittel für die soziale Absicherung der Arbeitslosen einsetzen zu müssen.

Die früher damit verbundene Verunsicherung der Wirtschaft und der Sozialpartner wird jetzt vermieden. Sowohl bei Unternehmensentscheidungen als auch bei Tarifabschlüssen kann nunmehr von realistischen Daten ausgegangen werden. Für die Zukunft kann nun damit gerechnet werden, daß die wirtschaftsfördernden Maßnahmen in den Koalitionsvereinbarungen von CDU/CSU und FDP, die Aussagen in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl und die gesetzgeberischen Entscheidungen in Verbindung mit dem Bundeshaushalt 1983 Impulse für ein allmähliches wirtschaftliches Wachstum und den Abbau der Arbeitslosigkeit auslösen. Mit den ersten sichtbaren Erfolgen ist naturgemäß nicht vor der zweiten Jahreshälfte 1983 zu rechnen. Für den Winter 1982/83 und selbst für das Frühjahr 1983 ist schon viel erreicht, wenn es keine höheren Rückschläge gibt.

4. Belastungen des Arbeitsmarktes durch Unternehmenssanierungen

Zusätzlich zur ohnehin ungünstigen Arbeitsmarktsituation, in der durch Beschäftigungsfluktuation freiwerdende Stellen oft nicht mehr besetzt werden, steigt jetzt und in den nächsten Monaten die Arbeitslosigkeit auch noch dadurch an, daß Tausende von Arbeitnehmern durch Konkurrenz, durch Betriebseinschränkungen in Verbindung mit Unternehmenssanierungen und selbst durch Massenentlassungen in an sich gesunden Unternehmen wegen notwendiger Anpassungen an Umsatzrückgänge ihre Arbeitsplätze verlieren. Dieser besorgniserregende Prozeß würde erheblich gemildert, wenn bei den bevorstehenden Tarifabschlüssen durch enge Begrenzung der Lohnkostensteigerungen die Schaffung neuer wie auch die Erhaltung bestehender Arbeitsplätze ermöglicht werden könnte. Die Arbeitslosigkeit kann nur dann in einem mittelfristigen Zeitraum auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden, wenn die Träger der politischen Verantwortung und die Sozialpartner — weitgehend gemeinsam — einen Weg einschlagen, der vorrangig die Förderung der Beschäftigung zum Ziel hat.

5. Außergewöhnliche Zunahme der Kurzarbeit

Die Zahl der Kurzarbeiter ist binnen Monatsfrist um über 250 000 gestiegen und liegt weit mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr. Ohne die Möglichkeit des Ausweichens auf Kurzarbeit wäre die Arbeitslosenzahl im zurückliegenden Monat noch um 70 000 bis 80 000 stärker angewachsen. Kurzarbeit ist sozial weniger belastend für die Betroffenen als Arbeitslosigkeit, weil Arbeitsplätze erhalten bleiben. Es wäre daher beschäftigungs- wie auch sozialpolitisch nicht vertretbar, die Unternehmen noch stärker an den Kosten der Kurzarbeit (Sozialversicherungsbeiträge) zu beteiligen.

Diese Diskussion ist überflüssig

Alfred Dregger am 9. November vor der Bundestagsfraktion:

Zu den Pressemeldungen über die Frage, ob Franz Josef Strauß die CSU im Wahlkampf anführt, möchte ich nur zwei Feststellungen treffen:

1. Die Entscheidung liegt ausschließlich bei Franz Josef Strauß und der CSU. Auch ich würde es mir verbitten, wenn man sich von Bayern oder Niedersachsen aus in die hessische Spitzenkandidatur einmischen würde.
2. Über Ämterverteilung und Stellenbesetzungen wird zwischen Koalitionspartnern nach altem Brauch erst nach der Wahl verhandelt und entschieden, nicht vorher. Eine öffentliche Diskussion über diese Frage nützt möglicherweise anderen. Ich kann nicht erkennen, daß diese Diskussion uns nützen könnte. Wir hier in Bonn sind jedenfalls so beschäftigt, daß wir dazu keine Zeit haben.

★

Franz Josef Strauß am 9. November in der Fernsehsendung Monitor:

Frage: *Wenn ich Sie gleich fragen darf nach dem, was ich heute in der Zeitung lese, Sie wollten als Vizekanzler und Außenminister nach Bonn und Herrn Genscher ins Innenministerium verdrängen, wie sieht das aus?*

Antwort: Es wäre das erste Mal in meinem Leben, daß ich Pläne anstelle, das Fell des Bären zu verteilen, bevor er erlegt ist. Von mir stammen diese Spekulationen nicht. Da müssen Sie die fragen, die sie in die Zeitung gesetzt haben, nicht mich.

Es geht weiter aufwärts mit der Union

Die Union war Anfang Oktober in ein demoskopisches „Zwischentief“ geraten. Der Zerfall der SPD/FDP-Koalition in Bonn und die von der SPD inszenierte „Verratskampagne“ gegen die FDP hatte auch die Union in Mitleidenschaft gezogen. Zwar sagten damals ausweislich einer Umfrage von Allensbach immer noch 47 Prozent der Befragten, sie würden die Union wählen, doch dies war deutlich weniger als frühere Ergebnisse, die die CDU/CSU bei über 50 Prozent ausgewiesen hatten.

Ende Oktober zeigte der Trend für die Union klar aufwärts. Schon sprechen bei der sog. Sonntagsfrage wieder 49,7 Prozent der Befragten der Union das Vertrauen aus. Das ist deutlich mehr als eine rot-grüne Koalition, mit insgesamt 44,6 Prozent (SPD: 38,1 Prozent, Grüne: 6,5 Prozent) auf sich vereinigen könnte. Dieses neue Hoch für die CDU/CSU ist um so bemerkenswerter, als sich der Verzicht von Helmut Schmidt auf eine Kanzlerkandidatur in diesen Zahlen noch gar nicht niedergeschlagen hat.

Die Union wird sich bald wieder auf demoskopische Spitzenwerte über 50 Prozent stützen können. Dafür sprechen:

1. Bundeskanzler Helmut Kohl und seine Regierung hatten einen guten Start. Helmut Kohl als Kanzler stößt bei den Bürgern schon nach wenigen Wochen auf überwiegendes Einverständnis für seine Arbeit. Die Umfragen zeigen auch, daß eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger an eine „längere“ Amtsdauer der neuen Bundesregierung glaubt.
2. Die „Verratskampagne“ der SPD zieht nicht mehr. Nur jeder dritte Bundesbürger spricht überhaupt noch von einem „Verrat an Helmut Schmidt“. Anfang Oktober sah das noch ganz anders aus. D. h.: die eigentlich drängenden politischen Aufgaben, wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Sanierung der Staatsfinanzen, treten wieder in den Vordergrund. Die Union aber wird bei diesen Aufgaben als leistungsfähiger angesehen als die SPD.
3. Erfahrungsgemäß dauert es drei Monate, bis ein neuer Kanzler von den Bürgern den Vorteil eines Amtsbonus zugeteilt bekommt. Helmut Kohl ist erst wenige Wochen Bundeskanzler.

Wer im Glashaus sitzt . . .

Zu der Aufforderung des SPD-Kanzlerkandidaten Vogel an den Bundeskanzler, im Wahlkampf auf die Flugbereitschaft des Verteidigungsministeriums zu verzichten, erklärt der CDU-Bundestagsabgeordnete Philipp Jenninger, Staatsminister beim Bundeskanzler: Der öffentlichen Ermahnungen des Kanzlerkandidaten Vogel hätte es nicht bedurft. Die CDU hat — wenn Helmut Kohl als Oppositionsführer und Parteivorsitzender Dienstleistungen des Bundes in Anspruch genommen hat —

diese stets beglichen. Als Bundeskanzler wird sich Helmut Kohl nicht anders verhalten.

Dagegen wäre es sehr aufschlußreich, von Herrn Vogel zu erfahren, wie er dies in seiner Zeit als Bundesminister gehalten hat. Denn die SPD-Mitglieder der alten Bundesregierung waren bekanntlich „immer im Dienst“ und haben dementsprechend auch in Wahlkämpfen rückhaltlos vom Flugservice des Verteidigungsministeriums Gebrauch gemacht. Hier sitzt die SPD allein im Glashaus.

■ CDA

Norbert Blüm steht in unserer Solidarität

In scharfer Form haben die CDA-Gewerkschafter im DGB diffamierende Angriffe auf Arbeitsminister Norbert Blüm in Teilen der Gewerkschaften und ihrer Presseorgane zurückgewiesen. In seiner Eröffnungsansprache bei der Bundestagung der AG der christlich-demokratischen DGB-Gewerkschafter ging deren stellvertretender Vorsitzender Klaus Dieter Zemlin für die erkrankte Vorsitzende der AG, Maria Weber, besonders auf das Organ der IG Metall ein. Zemlin: „Menschlich unanständig, unter Demokraten unverantwortlich und für die Idee der Einheitsgewerkschaft unerträglich.“

Temperamentvoll verteidigte Norbert Blüm vor den DGB-Kollegen die Kabinettsbeschlüsse der neuen Regierung. In der mehrstündigen Aussprache gab es einen eindeutigen persönlichen Vertrauensbeweis für den Vorsitzenden der CDA. Herausgestellt wurden seine Erfolge für die Sicherung wichtiger christlich-sozialer Grundpositionen in der Sozialpolitik. Ebenso deutlich war aber auch die Kritik an der sozialen Unausgewogenheit der Regierungsbeschlüsse. Gefordert wurden Nachbesserungen, besonders die Umwandlung der Zwangsanleihe in eine nicht zurückzuzahlende Ergänzungsabgabe.

Die scheidende Bundesvorsitzende, Maria Weber, stellte in ihrem Rechenschaftsbericht sowohl in personeller wie gewerkschaftlicher Hinsicht einen gewachsenen Einfluß der christlich-demokratischen Kräfte im DGB fest. Ein besonderer Erfolg ist für die ehemalige stellvertretende Vorsitzende des DGB, daß es gelungen ist, im

neuen Grundsatzprogramm auch christlich-soziale Grundpositionen zu berücksichtigen.

Unstreitig ist nach Auffassung des neugewählten Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft, Gustav Fehrenbach, das verfassungsgemäße Zustandekommen der neuen Regierung. Fehrenbach, stellvertretender Vorsitzender des DGB, erklärte die ausdrückliche Gesprächsbereitschaft des DGB mit der CDU/CSU/FDP-Regierung, wobei auch die CDA-Gewerkschafter klar von den Interessen der Arbeitnehmer ausgehen. Dabei berücksichtigen die christlich-demokratischen Gewerkschafter die Tatsache der leeren Kassen ebenso wie die Notwendigkeit, Opfer zu bringen. Diese notwendigen Einschränkungen müßten jedoch auf alle gerecht verteilt werden. Auch für die Politik der Gewerkschaften seien die Sicherung des sozialen Netzes und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die vorrangigen Ziele.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft, die ein organisatorischer Bestandteil der Sozialausschüsse der CDA ist, wurden Adolf Müller, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Klaus-Dieter Zemlin, stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft, wiedergewählt.

Zu der Äußerung des DGB-Vorsitzenden Breit, der Deutsche Gewerkschaftsbund sei parteipolitisch unabhängig, schreibt der stellvertretende Sprecher der CDU, Walter Brückmann: Das ist eine sehr mutige Behauptung, bei der man sich allerdings fragt, ob der DGB-Vorsitzende nicht zufälligerweise eine andere Organisation gemeint hat. Ein DGB-Chef, der nahezu pausenlos auf SPD-Kongressen und Tagungen als Redner auftritt, sollte nicht versuchen, das Publikum für dumm zu verkaufen. Es schadet nur seiner eigenen Redlichkeit. Daß der DGB mit seiner fast totalen Ergebenheit gegenüber der SPD wirklich die Interessen der Arbeitnehmer vertritt, muß stark bezweifelt werden.

INFORMATION

69 Prozent für Rommel

Mit rund 69 Prozent der Stimmen hat Manfred Rommel (CDU) die Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart gewonnen. Sein Herausforderer, Uli Maurer (SPD), wurde mit etwa 26 Prozent der Stimmen abgeschlagen. Die übrigen Bewerber um das Amt des Oberbürgermeisters landeten weit abgeschlagen unter „ferner liefen“.

Hierzu erklärte MdB Horst Waffenschmidt, Vorsitzender der kommunalpolitischen Vereinigung: Mit Manfred Rommel gewann erneut einer der CDU-Oberbürgermeister in unseren Großstädten. Damit wurde auch die herausragende Position der Union als führende Kommunalpartei eindrucksvoll bestätigt. Für die gesamte Union ist dieses Wahlergebnis Ansporn, auch nach Übernahme der Führung der Bundesregierung weiterhin bürgernahe und realistische Kommunalpolitik zu gestalten und intensiv zu unterstützen.

Politischer Offenbarungseid Börners

Die hessische CDU betrachtet die Absicht Holger Börners, sich bei der konstituierenden Sitzung des neuen Landtags nicht zur Wahl zu stellen und gegen ihren Kandidaten Walter Wallmann anzutreten, als „politischen Offenbarungseid“. Börner und seine Partei blieben jede Antwort auf die Frage schuldig, wie sie in Hessen ohne parlamentarische Mehrheit weiterregieren wollen, sagte der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Manfred Kanther.

Insbesondere habe die SPD ihr Verhältnis zu den Grünen keinesfalls endgültig geklärt, meinte Kanther weiter, sondern sich ein „Verhandlungshintertürchen“ offenge-

lassen. Damit spielte der Geschäftsführer auf die Erklärung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Horst Winterstein an, der am selben Tag die Gespräche mit den Grünen wegen deren Äußerungen zur Frage der Gewalt am Frankfurter Flughafen vorerst abgesagt hatte.

Natürliches Elternrecht hat Vorrang

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, wonach es mit Artikel 6 Grundgesetz nicht vereinbar ist, daß das elterliche Sorgerecht im Falle der Scheidung zwingend einem Elternteil zugewiesen werden muß, wie dies die von den früheren SPD-Justizministern Jahn und Vogel verantwortete Neuregelung vorsah. Die Union ist seinerzeit dafür eingetreten, daß bei einer Einigung Vater und Mutter auch nach der Scheidung der Ehe das Sorgerecht für ihre Kinder weiterhin gemeinsam ausüben können. Die neue Bundesregierung wird aufgefordert, alsbald die gesetzgeberischen Konsequenzen aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu ziehen.

Dies erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Fritz Wittmann (CSU), und nahm wie folgt Stellung:

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hebt Grundsätze hervor, die über die zu entscheidende Frage hinaus von Bedeutung sind. Die vom Bundesverfassungsgericht betonte Subsidiarität der staatlichen Regelungsbefugnis gegenüber dem natürlichen Elternrecht bestätigt auch die Position, die die Union zu den Plänen der von der SPD geführten Bundesregierungen eingenommen hatte, das Jugendhilferecht umzugestalten.

Beifall verdient auch die Feststellung des Bundesverfassungsgerichts, daß der Schutz des Grundgesetzes für Ehe und

Familie nur für Ehegatten, nicht aber für unverheiratet zusammenlebende Paare gilt. Es muß damit gerechnet werden, daß die Politik der von der SPD geführten Bundesregierungen, das Grundgesetz auf seine Belastungsfähigkeit zu testen, das Bundesverfassungsgericht noch zu weiteren Korrekturen veranlassen wird.

Eine neue Rundfunkordnung

Ministerpräsident Ernst Albrecht hat den Entwurf eines Mediengesetzes für das Land Niedersachsen der Öffentlichkeit vorgestellt. Nach dem Gesetz über das Pilot-Projekt in Ludwigshafen, dem Diskussionsentwurf der baden-württembergischen Landesregierung und dem Gesetzesvorschlag der CDU Hessen legt somit das vierte Bundesland seinen Entwurf für eine neue Rundfunkordnung vor.

Hierzu erklärte Professor Hans Hugo Klein, MdB und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesjustizministerium: Daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk — ARD und ZDF — unangetastet bleibt, entspricht der von der CDU/CSU stets verfolgten politischen Linie. Durch in Kürze zur Verfügung stehende neue Hörfrequenzen sowie die Breitbandkabel ist nunmehr der Weg frei für zusätzliche, privat-rechtlich organisierte und miteinander konkurrierende Veranstalter.

Ein neu zu schaffendes Aufsichtsgremium wird die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen bei der Programmgestaltung zu überwachen haben. Lizenzen werden nur erteilt, wenn eine ausreichende binnen- oder außenpluralistische Vielfalt der verbreiteten Programminhalte möglich und wahrscheinlich ist. Der Entwurf enthält zusätzliche Bestimmungen über die Einspeisung von Rundfunkprogrammen in Kabelnetze, die in anderen Bundesländern oder im Ausland produziert und etwa über Rundfunksatelliten verbreitet werden.

CDU-Politiker fordert Rücknahme von Hasch-Verkauf

Der CDU-Europaabgeordnete Hans-Gerd Pöttering (Osnabrück) hat in einem Schreiben an den Präsidenten der EG-Kommission, Gaston Thorn, auf die seiner Meinung nach negativen Konsequenzen der Entscheidung der niederländischen Stadt Enschede hingewiesen, im dortigen Jugendzentrum „Kokerjuffer“ in Zukunft Haschisch und Marihuana erwerben zu können.

Der CDU-Politiker fordert den Präsidenten der EG-Kommission auf, gegenüber der niederländischen Regierung eindringlich auf die Folgen dieser nach Auffassung von Pöttering unverständlichen Entscheidung hinzuweisen. Das Hauptzollamt Nordhorn habe bereits verschärfte Grenzkontrollen angekündigt, schreibt Pöttering.

Für den Europäischen Einigungsprozeß sei es unerträglich, „daß durch nationale oder — wie in diesem Fall — durch kommunale Entscheidungen die Grenzen in der Europäischen Gemeinschaft wieder an Bedeutung zunehmen.“ Die Entscheidung des Rates der Stadt Enschede müsse zurückgenommen werden.

Erfolg durch Bündnisse

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) versucht seit einiger Zeit verstärkt, ihre parlamentarische Bedeutungslosigkeit durch die Zusammenarbeit mit zahlreichen gesellschaftlichen Gruppen vergessen zu lassen, wobei sie deren Ziele als eigene Anliegen ausgibt und die Führungspositionen dieser Gruppen nach Möglichkeit mit eigenen Kader-Funktionären besetzt. Darauf verweist das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in einer Analyse über die Bündnispolitik der DKP, die im Deutschen Institutsverlag erschienen ist.

■ RECHTSPOLITIK

Kieler Grundsätze geben den Wählern eine klare Orientierung

Der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), Staatsminister Friedrich Vogel, stellte gemeinsam mit dem schleswig-holsteinischen Justizminister, Karl Eduard Clausen, und dem Vorsitzenden der Fachkommission Rechts- und Justizpolitisches Programm des BACDJ, Eberhard Kuthning, auf einer Pressekonferenz in Kiel die „Kieler Grundsätze zur Rechtspolitik der CDU“ vor.

Mit den „Kieler Grundsätzen zur Rechtspolitik“ setzt die CDU ihre von Kontinuität und Maß bestimmte Rechtspolitik fort. Die Erklärung knüpft an das „Justizpolitische Programm“ der CDU aus dem Jahre 1972 und an die „Karlsruher Erklärung zur Rechtspolitik“ der Union aus dem Jahre 1980 an.

Klarheit, Überschaubarkeit und Verständlichkeit des Rechts sind für die Union entscheidende Leitlinien der Rechtspolitik. Die Hervorbringung möglichst vieler Gesetze ist ebensowenig Maßstab für eine lebendige Gesetzgebung, wie der unaufhaltsame Strom von Verordnungen und Erlassen, Kennzeichen einer funktionierenden Verwaltung ist. Nach dem Verständnis der CDU von Rechtspolitik für den mündigen Bürger muß Recht den gesellschaftlichen Wandel begleiten, es darf ihn nicht erzwingen. Für die CDU bleibt Freiheitssicherung und Friedensstiftung durch Recht zukunftsweisende Hauptaufgabe der Rechtspolitik. An diesen Grundsätzen wird sie ihre Rechtspolitik in der

Regierungsverantwortung im Bund und in den Ländern orientieren. Am 6. März 1983 werden die Bürger Gelegenheit haben, auch über die Rechtspolitik der neuen Bundesregierung abzustimmen. Die Kieler Grundsätze zur Rechtspolitik geben den Wählern eine klare Orientierung, was die CDU in der Regierungsverantwortung anstrebt. Dieses Programm enthält Aussagen zu folgenden Schwerpunkten:

1. Ehe- und Familienrecht

Die CDU wird auf eine Verbesserung des Eherechts hinwirken; sie wird sich auf Vorschläge stützen, die sie bereits im Gesetzgebungsverfahren gemacht hat:

- Im Scheidungsrecht ist die starre Fristenautomatik zu beseitigen.
- Im Scheidungsfolgerecht sollten die Voraussetzungen für mehr Einzelfallgerechtigkeit geschaffen werden.
- Im Versorgungsausgleich muß die Bevormundung der Ehegatten durch das geltende Recht entfallen.

2. Allgemeines Zivilrecht

Die Einheit des allgemeinen Zivilrechts in der Gestalt des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) muß erhalten bleiben. Bestehende Sonderregelungen, wie z. B. das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen, sind in das BGB einzubeziehen.

3. Zivilrechtliches Verfahren

Die CDU hält es für vordringlich, daß der rechtsuchende Bürger rasch zu seinem Recht kommt. Eine weitere Verbesserung des Rechtsschutzes muß in erster Linie

innerhalb des Systems staatlicher Gerichtsbarkeit gesucht werden. Dies schließt nicht aus, daß zur Entlastung der Gerichte eine außergerichtliche Streitbereinigung gefördert wird. Da ist an Schieds- und Einigungsstellen zu denken.

4. Kriminalpolitik und Strafrecht

Steigende Kriminalität kann mit den Mitteln des Strafrechts allein nicht verhindert werden. Ihre Bekämpfung darf nicht allein Polizei und Justiz überlassen bleiben. Vielmehr muß die Kriminalpolizei präventiv alle Bereiche erfassen, die im weitesten Sinn zur Verhinderung von Straftaten beitragen (Familien-, Sozial- und Bildungspolitik).

Das Strafrecht muß Schuldstrafrecht bleiben. Das Schuldstrafrecht entspricht menschlicher Freiheit und Verantwortung.

5. Bürgernahes Europarecht

Das den einzelnen Bürger unmittelbar berührende gemeinschaftliche Zivilrecht muß auf der Grundlage von Leitsätzen entwickelt werden, die vom Europäischen Parlament verabschiedet werden sollten. Diese Leitlinien müssen der freiheitlichen Tradition des europäischen bürgerlichen Rechts verpflichtet sein.

6. Verwaltungsgerichtsbarkeit

Der Beschleunigung und der Vereinfachung der Verfahren der Verwaltungsgerichte kommt angesichts der seit Jahren bestürzend steigenden Geschäftszahlen hohe Bedeutung zu. Zu diesen Verbesserungen gehören folgende Maßnahmen:

— Die erstinstanzliche Zuständigkeit der Oberverwaltungsgerichte/Verwaltungsgerichtshöfe ist auszuweiten.

— Das Rechtsmittel der Berufung ist von einer Zulassung abhängig zu machen.

7. Sozialgerichtsbarkeit/ Arbeitsgerichtsbarkeit

Im Arbeits- und Sozialrecht sollte einheitlich und im ganzen Bundesgebiet die Beratungshilfe auch durch Rechtsanwälte gewährleistet sein.

Durch Bundesgesetz sind die Vorausset-

zungen dafür zu schaffen, daß in den Ländern Rechtspflegeministerien eingerichtet werden können, die alle Zweige der Gerichtsbarkeit (auch der Arbeitsgerichtsbarkeit) zusammenfassen.

8. Rechtskundeunterricht

In der Hauptschule und in weiterführenden Schulen vom 9. Schuljahr an sind Informationen über Rechtsfragen und rechtliche Zusammenhänge einschließlich verfassungsrechtlicher Grundprinzipien als wesentlicher und notwendiger Bestandteil der politischen Bildung zu vermitteln. Es muß bei den Schülern das Bewußtsein für den Wert unserer Rechtsordnung, insbesondere die freiheitssichernde Funktion des Rechts, gefördert werden.

9. Neuordnung der Juristenausbildung

Bei der bevorstehenden Neuordnung der Juristenausbildung sollen die Vorzüge der herkömmlichen Ausbildung mit den positiven Erfahrungen aus Versuchen mit einstufigen Ausbildungsvorgängen verbunden werden. Ziel der Ausbildung ist nach wie vor der Einheitsjurist, der befähigt ist, in allen juristischen Berufen tätig zu werden.

Fachkongreß „Die Soziale Marktwirtschaft erneuern — Arbeit, Wachstum, Umwelt

Die Politische Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltet am 9. und 10. Dezember 1982 einen Fachkongreß unter dem Thema „Die Soziale Marktwirtschaft erneuern“. Es sprechen u. a. Bundeskanzler Helmut Kohl und weitere Regierungsmitglieder, Ministerpräsident Ernst Albrecht, der Vorsitzende der KAS, Bruno Heck und die Wirtschaftswissenschaftler Binswanger, Bonus, Engels, Kirsch und von Weizsäcker. Interessenten werden gebeten, sich mit dem Tagungsbüro (0 22 36) 70 72 29 oder 70 73 27 in Verbindung zu setzen.

CDU RHEINLAND

Die Ruhrgebiets-Offensive trägt erste Früchte: 8 000 neue Mitglieder

Eine tatkräftige Unterstützung der neuen Bundesregierung unter Helmut Kohl und die Übernahme der Regierung auch in Nordrhein-Westfalen nach den Landtagswahlen 1985 hat der Vorsitzende der rheinischen CDU, Bernhard Worms, in Oberhausen auf dem 37. Landesparteitag der CDU Rheinland als Zukunftsziele angekündigt. Mit einer bemerkenswerten Rede beeindruckte der Nachfolger von Heinrich Köppler die nahezu 500 Delegierten, die am Schluß seiner Rede ihrem Vorsitzenden mit langanhaltendem Beifall dankten.

Bernhard Worms ging noch einmal auf die Agonie und Führungslosigkeit der sozial-liberalen Koalition ein, die schließlich zur Übernahme der Regierungsgeschäfte der neuen Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl führte. „Wir, die Christlich Demokratische Union, haben keinerlei Grund, verzagt zu sein. Es war nicht nur unser Recht, sondern unsere verfassungsmäßige und patriotische Pflicht, der Agonie und Führungslosigkeit ein Ende zu bereiten und eine neue handlungsfähige Regierung zu bilden“, stellte Worms fest. Deshalb dürfe sich die CDU jetzt auch nicht von der Polemik und dem Verratsgeschrei ihrer politischen Gegner einschüchtern lassen. Worms bezeichnete die Partei als „**Hoffnungsträger**“ für die Bevölkerung. Mit Mut und Optimismus könne sie die schweren Aufgaben meistern und Resignation, Zukunftsangst und Verweigerung überwinden. Die Hoffnung liege aber nicht allein in der Überwindung der wirtschaftlichen Krise, sondern eben-

sosehr in der geistig-moralischen Dimension christlich-demokratischer Politik.

Große Beachtung fand der erste Auftritt eines hohen DGB-Repräsentanten auf einem CDU-Parteitag. Der nordrhein-westfälische DGB-Landesvorsitzende Geuenich, der mehrfach Beifall bekam, bat die CDU-Delegierten um Verständnis für „atmosphärische Stimmungen und Verstimmungen“ der vergangenen Wochen. Ein aufrichtiges Bekenntnis zur Einheitsgewerkschaft schließe parteipolitische Sympathien nicht aus. Diese Einheitsgewerkschaft werde aber nicht zur leeren Worthülse, „nur weil eine Regierung wechselt“. Der Vorschlag von Norbert Blüm über eine halbjährige Lohnerhöhungspause habe die Gewerkschaften „**dicht neben der Kinnspitze**“ getroffen. Dieser Schlag gegen die Tarifautonomie habe auch deswegen so geschmerzt, weil „**dieser rechte Haken von einem Stafflkameraden gekommen**“ sei. Aber Norbert Blüm sei als Person für den DGB nie ein Gegner gewesen; denn wer Politik für die Arbeitnehmer mache, der werde den DGB stets an seiner Seite finden, sagte Geuenich unter dem Beifall der CDU-Delegierten.

Bernhard Worms, Wolfgang Voigt und andere Sprecher nahmen ausdrücklich Norbert Blüm, der in Nordrhein-Westfalen zum Bundestag kandidieren wird, in Schutz.

In seiner kämpferischen, meist frei vorgebrachten Rede warb Worms für eine langfristige Zusammenarbeit mit den Freien Demokraten, da dieses „**Bürgerbündnis der Vernunft**“ zur Notwendigkeit geworden sei. Nur die Union und die Mehrheit der FDP garantierten heute in der Bun-

desrepublik Soziale Marktwirtschaft, solide Staatshaushalte, wirtschaftliches Wachstum, Leistungsbereitschaft und eine Politik der Kontinuität in der Außen- und Sicherheitspolitik. Auch die Tatsache, daß es in unserem Lande nur in Ausnahmefällen zu absoluten Mehrheiten komme, spreche für ein langfristiges Bündnis mit der FDP. Schließlich sei die Alternative zu einer „christlich-liberalen Koalition der Mitte“ ein „rot-grünes Bündnis“ von SPD und Grünen.

Die von SPD-Chef Brandt propagierte und vom künftigen sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Vogel übernommene These von der neuen Mehrheit links von der CDU macht nach Ansicht des rheinischen Unions-Vorsitzenden deutlich, daß die SPD inzwischen auch eine inhaltliche Annäherung und opportunistische Übernahme grüner sowie alternativer Positionen in Betracht ziehe. Eine solche rot-grüne Koalition würde aber im Ergebnis ein anderes Deutschland bedeuten.

Bei einer solchen Politik ist nach den Worten von Worms ein Wirtschaftsminister Eppler vorstellbar, der Nullwachstum als Endziel propagiere, ein Verteidigungsminister Lafontaine möglich, der einseitig abrüste, ein Bundesinnenminister Cohn-Bendit nicht auszuschließen, der Radikale jeglicher Spielart in den öffentlichen Dienst lasse. In einem solchen Bündnis unter einem Bundeskanzler Vogel könne man sich gar einen Außenminister Petra Kelly vorstellen, die das westliche Bündnis verlasse.

Zu den neuen Aufgaben der CDU Rheinland stellte Bernhard Worms fest: „Unsere große Mitgliederwerbaktion war ein voller Erfolg. Über 8 000 neue Mitglieder sind in diesem Jahr zu uns gekommen. Damit haben wir unsere Position als mitgliederstärkster Landesverband weiter ausbauen können.“ Die CDU Rheinland hat ihr Gewicht als stärkste politische Kraft in den letzten Jahren deutlich vermehrt. In zwei

Drittel der Städte und Kreise sind die Oberbürgermeister oder Landräte Christdemokraten. Und in der überwiegenden Zahl der Gemeinden regieren Christdemokraten mit klaren Mehrheiten. „Wir sind die Partei der kommunalen Selbstverwaltung. Unsere große Ruhrgebiets-Offensive trägt erste Früchte. Das Ruhrgebiet ist für uns nicht mehr Diaspora, sondern wird Schritt für Schritt zur vertrauten Heimat der CDU“, stellte Worms fest.

Dem NRW-Ministerpräsidenten Rau bescheinigte Worms, daß er Nordrhein-Westfalen zu einem „führungslosen Land“ gemacht habe. Die CDU werde eine Blockade-Politik gegenüber der neuen Bundesregierung nicht zulassen. Die Wahrheit sei: „Während Rau hierzulande die Familien- und Jugendhilfe drastisch zusammenstreicht, den Eltern saftige Kindergarten-Gebühren-Erhöhungen zumutet und den Privatschulen das Wasser abgräbt, läßt er seinen Innenminister im Bundestag das Schreckgespenst einer Ellenbogenpolitik und des Kaputtsparens an die Wand malen. Während Rau hier die Kommunen finanziell ausbluten läßt, diffamiert er die Sparpolitik der Bundesregierung und findet kein anerkennendes Wort für die finanzielle Entlastung des Landes durch den Bund.“

Zur Deutschlandpolitik erklärte Rainer Barzel: Die Verträge gelten. Wir nutzen sie als Instrumente einer aktiven Friedenspolitik. Wir suchen das Gespräch, nicht die Polemik; das Ergebnis, nicht die Schlagzeile. Leider mußte ich feststellen, daß es in einigen Bereichen Wirklichkeiten gibt, welche den Abmachungen nicht entsprechen. Auch gibt es Verabredungen, die noch nicht durchgeführt sind. Nichts davon liegt an uns!

Die DDR schuldet Deutschland und dem Frieden in Europa mehr Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen. Hin und her wollen wir das. Auch hier gilt: Freiheit ist teurer als Geld. Aber für nichts gibt's nichts.

■ POLEN

CDU-Mitglieder sind zur Hilfe aufgerufen

Heiner Geißler hat die Bürger der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere die Mitglieder der CDU aufgefordert, durch Geschenksendungen den Nachbarn in Polen zu helfen, den kommenden harten Winter zu überstehen. Der Appell hat folgenden Wortlaut:

Polen steht immer noch unter Kriegerecht. Die „Solidarität“, die Gewerkschaft der arbeitenden Menschen in Polen aber lebt weiter, trotz des Verbots; sie ist zu einem Symbol der Hoffnung geworden, sie steht über Polen hinaus für Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Freiheit. Die Wirtschaft in Polen ist nicht in der Lage, die Versorgung der Bevölkerung im kommenden Winter zu gewährleisten. Der Lebensstandard sinkt weiter.

Die Menschen in Polen leiden, die wirtschaftliche Situation verschlimmert sich, Hunger und Kälte werden in dem bevorstehenden Winter zur ständigen Angst. Im vergangenen Winter haben die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland Solidarität mit ihren Brüdern und Schwestern in Polen bewiesen.

Ich rufe die Mitglieder der CDU und darüber hinaus alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland auf, in Polen die bevorstehende Not in einem harten Winter abzuwenden. Wir müssen zeigen, daß sich die Bürger Europas auch durch den „Eisernen Vorhang“ nicht trennen lassen, sondern daß uns ein gemeinsames europäisches Erbe verbündet. Die Bundesregierung hat Geschenksendungen nach Polen bis zum 31. Dezember 1982 von den Gebühren befreit.

STICHWORT

Leitzinsen

Damit es wirtschaftlich wieder aufwärts geht, wird vielfach eine Senkung der sog. Leitzinsen gefordert. Damit meint man den Diskont- und den Lombardsatz. Beide Zinssätze werden vom Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank autonom festgesetzt.

Die Banken haben die Möglichkeit, Wechsel an die Deutsche Bundesbank zu verkaufen. Sie können sich damit Geld verschaffen. Für diesen Tausch „Wechsel gegen Geld“ berechnet die Bundesbank einen Preis. Der Preis, den die Banken dafür an die Bundesbank zahlen müssen, ist der sog. Diskontsatz. Gleichzeitig gilt der Diskontsatz auch als Zins für Kassenkredite der Bundesbank an den Bund, seine Sondervermögen und die Bundesländer.

Die Banken haben noch eine weitere Möglichkeit, sich „Geld“ (Bankkredit) von der Deutschen Bundesbank zu verschaffen. Dies, indem sie bestimmte Wertpapiere und Schuldbuchforderungen für höchstens drei Monate an die Bundesbank verpfänden. Auch hier verlangt die Bundesbank einen Preis, den sog. Lombardsatz. Er liegt in der Regel über dem Diskontsatz.

Beide Zinssätze werden deshalb als Leitzinsen bezeichnet, weil sich über ihren Einfluß die Höhe anderer Zinsen wie z. B. Sparzinsen, Hypothekenzinsen etc. wesentlich mitbestimmen.

UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

18. 11. **KPV Bund**
 Fachtagung „Kultur“, Aachen
18. 11. **KPV Schleswig-Holstein**
 Landesvorstand, Kiel
- 19./20. 11. **Frauenvereinigung**
 Westfalen-Lippe
 Seminar „Parteiprogramme“,
 Wünnenberg
- 19./20. 11. **LV Berlin**
 67. Landesparteitag, Berlin
19. 11. **MIT Schleswig-Holstein**
 Landesvorstandssitzung, Kiel
19. 11. **CDA Berlin**
 Landesvorstand, Berlin
19. 11. **LV Rheinland-Pfalz**
 Landesvorstandssitzung, Mainz
19. 11. **Wirtschaft/Mittelstand**
 Schleswig-Holstein
 WMV-Landesvorstandssitzung,
 Kiel
19. 11. **LV Braunschweig**
 Landesausschuß, Braunschweig
19. 11. **LV Schleswig-Holstein**
 Jugend-Disco, Bad Oldesloe
20. 11. **Frauenvereinigung Bund**
 Arbeitskreis Medien, Bonn
20. 11. **LV Schleswig-Holstein**
 35. Landesparteitag, Kiel
20. 11. **CDA Westfalen-Lippe**
 Landesversammlung AG
 CDA/CGB, Dortmund
- 20./21. 11. **Junge Union Bund**
 Deutschlandtag,
 Eltville/Rheingau
20. 11. **LV Saar**
 Fachtagung „Fremdenverkehr“,
 Saarbrücken
20. 11. **LV Rheinland-Pfalz**
 Wahlkreis-konferenz,
 Münchweiler, WK IV
20. 11. **LV Rheinland-Pfalz**
 Wahlkreis-konferenz,
 Simmern, WK II
20. 11. **LV Schleswig-Holstein**
 Jugend-Disco, Uetersen
22. 11. **LV Baden-Württemberg**
 Präsidium, Stuttgart
22. 11. **MIT Westfalen-Lippe**
 Bezirks-versammlung,
 Gelsenkirchen
25. 11. **CDA Bonn**
 Haupt-versammlung, Bonn
- 26./27. 11. **CDA Bund**
 Geschäftsf. BuVo/BuVo,
 Königswinter
26. 11. **Frauenvereinigung Bund**
 Bundesvorstand, Bonn
26. 11. **CDA Heinsberg**
 Haupt-versammlung, Heinsberg
26. 11. **LV Saar**
 Geschäftsf. Landesvorstand,
 Saarbrücken
26. 11. **LV Schleswig-Holstein**
 Jugend-Disco, Schleswig
- 27./28. 11. **CDA Rheinland**
 Mitarbeiter-konferenz, Köln

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lütjhe, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID